

Positionen und Forderungen

zur 21. Legislaturperiode
des Deutschen Bundestages
2025 – 2029



OVID - VERBAND DER
ÖLSAATENVERARBEITENDEN
INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND

Inhalt



Heimische Erzeugung, sichere Lebensmittel und leistungsfähige Infrastruktur in Deutschland voranbringen **3**



Turbo zünden für neuen Green Deal, offene Märkte und Innovationen **6**



Energiekosten senken und Wettbewerbsfähigkeit der Speiseölproduktion sichern **8**



Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum zusammendenken **10**



Vom 21. Deutschen Bundestag muss ein klares Signal für den wirtschaftlichen Aufbruch unseres Landes ausgehen.

Im Fokus muss eine zukunftssichere Standortpolitik stehen, die sowohl der Wirtschaft als auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugutekommt. Besonders die Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie die Ölmühlen stehen vor großen Herausforderungen, die jetzt aktiv angegangen werden müssen.

Selten waren sich Vertreter der unterschiedlichsten Branchen so einig: der Wirtschaftsriese Deutschland ist derzeit mit zu vielen Details an bürokratischen Vorgaben und Pflichten gefesselt. Es ist an der Zeit, Innovationspotenziale zu entfesseln, bestehende Zielkonflikte aufzubrechen, Energiekosten zu senken, eine stabile Infrastruktur sicherzustellen und den Weg frei zu machen für eine klimafreundliche Transformation mit fairen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die verlässliche Versorgung mit guten Lebens- und Futtermitteln ist kein Selbstläufer. Ernährungssicherheit, resiliente Lieferketten und offene Märkte müssen wieder stärker in den Fokus rücken. Deutschland muss sich mit aller Kraft in Europa und international für diese Werte einsetzen. Unnötige Bürokratie sowie die Überregulierung von Lieferketten behindern die Agrar- und Lebensmittelwirtschaft, bringen wachsende Kosten mit sich und werden immer mehr zum Handicap im internationalen Wettbewerb. In Zeiten, in denen die Welthandelsordnung mehr denn je gefordert ist – durch geopolitische Krisen, kriegerische Auseinandersetzungen und schwelende Handelskonflikte – kommt dies besonders erschwerend für die handelsintensive Ölmühlen-Branche hinzu.

2025 ist für unsere traditionsreiche Industrie der Ölmühlen und Pflanzenölraffinerien ein besonderes Jahr. Seit 125 Jahren verbandlich organisiert, hat die Branche viele Höhen und Tiefen gemeistert. Ölsaaten und Pflanzenöle haben seither an Bedeutung gewonnen: Die in Ölmühlen verarbeiteten Produkte finden sich heute in 80 Prozent aller Waren des täglichen Bedarfs. Als Partner der Landwirtschaft, Verarbeiter von Agrarerzeugnissen und Zulieferer der Lebens- und Futtermittelwirtschaft, Bioökonomie und Bioenergie tragen wir zur Wertschöpfung und Sicherung von Arbeitsplätzen bei – gerade auch im ländlichen Raum. Dies möchten wir in Zukunft am Standort Deutschland fortsetzen. Wir sind überzeugt, dass dies durch eine engagierte und gestaltende Politik sowie verlässliche und zukunftsfähige Rahmenbedingungen gelingen kann. Mit unserem Forderungskatalog präsentieren wir konkrete Lösungsansätze, damit Deutschland – auch in der Agrar- und Ernährungswirtschaft – wieder zum Zentrum von Innovationskraft und wirtschaftlicher Spitzenleistung wird.

**Jaana K. Kleinschmit
von Lengefeld**
Präsidentin

**Dr. Gerhard
Brankatschk**
Geschäftsführer

**Dr. Momme
Matthiesen**
Geschäftsführer





Heimische Erzeugung, sichere Lebensmittel und leistungsfähige Infrastruktur in Deutschland voranbringen

In Zeiten von Krisen und Umbrüchen der Weltordnung sind Selbstversorgung und Resilienz wichtiger denn je

Der seit 2022 andauernde Ukraine-Krieg hat zu einer Zeitenwende in Deutschland, Europa und der Welt geführt. Er hat die Volatilität von Agrar-Lieferketten und die Bedeutung von Ernährungs- und Versorgungssicherheit verdeutlicht: Die vorübergehende Knappheit von Sonnenblumenöl in den Supermarktregalen zeigte dies augenscheinlich. Die verlässliche Versorgung mit guten Lebens- und Futtermitteln muss durch politische Maßnahmen zur Stärkung der Selbstversorgung in Zukunft besser flankiert werden. Das betrifft insbesondere den Selbstversorgungsgrad mit proteinreichen Futtermitteln wie Raps, Sonnenblume oder Soja. Dieser liegt derzeit nur bei 30 %. Eine Steigerung auf 50 % könnte den Importbedarf reduzieren, für mehr Krisenfestigkeit sorgen und regionale Wertschöpfungsketten stärken. Diese sind weniger anfällig gegenüber globalen Handelsstörungen und erleichtern die Qualitätssicherung durch eine einfachere Rückverfolgbarkeit.

Gleichzeitig verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für die heimische Erzeugung von Raps, Sonnenblumen und Co. durch eine immer restriktivere Düngemittel- und Pflanzenschutzpolitik. Gerade für den Rapsanbau in Deutschland und Europa bedeutet das immer höhere Hürden, um einen attraktiven und nachhaltigen Anbau zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleisten zu können. Die wachsende Bedeutung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung mit vielfältigen Fruchtfolgen bietet aber auch neue Chancen für die Ausweitung des Sojabohnen-Anbaus in Deutschland als eine relativ neue heimische Öl- und Proteinquelle.

Als Hersteller von Speiseölen und Futtermitteln ist für uns die Versorgung mit guten, sicheren und nachhaltigen Produkten zentral. Unsere Branche bekennt sich zu ihrer Verantwortung im Umgang mit gesundheitlichen Risiken entlang der Lebens- und Futtermittelkette. Wir unterstützen Forschungsarbeiten zur Minimierung gesundheitlich bedenklicher Stoffe, um unsere Produkte ständig zu verbessern. Mit Sorge beobachten wir, dass der risikobasierte Ansatz der Lebensmittelüberwachung zunehmend öffentlich infrage gestellt wird. Dies birgt die Gefahr einer Desensibilisierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber echten Risiken. Wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse und Risikobewertungen müssen





Heimische Erzeugung, sichere Lebensmittel und leistungsfähige Infrastruktur in Deutschland voranbringen

daher die Basis in der Diskussion zum Umgang mit unerwünschten Begleitstoffen sein.

Deutschland ist führend in der Ölsaatenverarbeitung und Pflanzenölproduktion in Europa. Ein stabiles Infrastrukturnetz, insbesondere im Schienen- und Schiffsverkehr, ist für den Standort entscheidend. Deutsche See- und Binnenhäfen haben als Knotenpunkte für Agrar-Lieferketten eine hohe wirtschaftliche und strategische Bedeutung. Deutschland wickelt rund 60 % seines Im- und Exports über den Seeweg ab. Auch der Schienenverkehr spielt aus Umwelt- und Effizienzgründen für deutsche Ölmühlen eine essentielle Bedeutung. Hier braucht es eine entschlossenerere Politik für mehr und vor allem einen leistungsfähigeren Schienenverkehr.

Die deutschen Ölmühlen sind stark im europäischen Handel verankert. Eine 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben sichert ein *Level Playing Field* und stärkt die Wettbewerbssituation. Doch bei Novellierung der 31. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (31. BImSchV) im Dezember 2023 wurde dies verfehlt. Ein überzogener Hexan-Grenzwert trifft die Branche hart und führt zu einer Doppelregulierung, die es in keinem anderen EU-Mitgliedsstaat gibt. Dies schwächt Wettbewerbsfähigkeit und behindert die Bemühungen der Ölmühlen zur klimaschonenden Transformation. Diese schädliche, nicht-evidenzbasierte Entscheidung muss schnellstmöglich korrigiert werden.





Die Ölmühlen fordern:

- ◆ Deutsche Eiweißpflanzenstrategie nach vorne bringen — **Selbstversorgung mit proteinreichen Futtermitteln auf 50 % erhöhen**
- ◆ **Anbaubedingungen für Proteinpflanzen verbessern** — durch schnellere Bereitstellung von leistungsfähigem Saat- und Pflanzgut, mehr Digitalisierung im ländlichen Raum für mehr Präzisionslandwirtschaft und optimierten Ressourceneinsatz
- ◆ **Gesundheitliche Risikobewertung** von Lebens- und Futtermitteln auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen gewährleisten
- ◆ **Risikokommunikation stärken** — Aufklärung über Ernährungsrisiken betreiben, um Sensibilisierung für echte Risiken zu stärken und Verunsicherung entgegenzuwirken
- ◆ **See- und Binnenhäfen als zentrale Knotenpunkte für Agrar-Lieferketten fördern und ausbauen** — durch bessere Hinterlandanbindung der Häfen an das Schienennetz sowie Schaffung und Ausbau der Bepankungs-Infrastruktur für Biokraftstoffe fördern, um eine klimafreundliche Schifffahrt weiterzuentwickeln
- ◆ **Leistungsfähiges Schienennetz ermöglichen** — durch Schließen der Lücken bei lokalen Zugangsstellen zum Schienennetz für den Schienengüterverkehr und Standardisierung der landesrechtlichen Bestimmungen für Gleisanschlüsse
- ◆ Evidenzbasierte Gesetzgebung durchsetzen, Doppelregulierungen vermeiden und europäische Vorgaben 1:1 umsetzen — **Korrektur der 31. BImSchV**, insbesondere des überzogenen Hexan-Grenzwerts





Turbo zünden für neuen Green Deal, offene Märkte und Innovationen

Versorgungssicherheit in Umbruchzeiten braucht Freihandel statt Marktbarrieren

Deutschlands und Europas wirtschaftlicher Erfolg basiert auf internationaler Arbeitsteilung und offenen Märkten. Die Überregulierung von Lieferketten behindert die Agrar- und Lebensmittelwirtschaft zunehmend, bringt wachsende Kosten mit sich und wird für uns immer mehr zum Handicap im internationalen Wettbewerb.

Als größte Volkswirtschaft der EU muss Deutschland eine treibende Rolle bei der Neuausrichtung des Green Deal unter der EU-Kommission und dem Kabinett von der Leyen II übernehmen: Es braucht eine neue industriepolitische Agenda, die Wachstum und Klima-Transformation vereint und sich entschlossen für Wettbewerbsfähigkeit, offene Märkte und Innovationen einsetzt. Ein konsequenter Bürokratieabbau ("One in, one out" mit Leben füllen), systematische Folgenabschätzungen, klare Normen und praktikable Umsetzungsfristen sind dafür essenziell.

Für die deutsche Ölmühlenbranche sind funktionierende Wertschöpfungsketten fundamental, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Zugleich müssen die globalen Handelsströme der wichtigsten Lebens- und Futtermittel wie Weizen, Mais und Soja in den nächsten zehn Jahren um ca. 20 % gesteigert werden, um die Ernährungssicherheit einer wachsenden Weltbevölkerung zu gewährleisten. Angesichts geopolitischer Dauerkrisen und einer Weltwirtschaft, die zunehmend auf Protektionismus setzt, sind diversifizierte Handels- und Investitionsbeziehungen der Schlüssel, um eine stabile Versorgung mit wichtigen Agrarrohstoffen zu sichern. Es braucht einen neuen Impuls für Handelsabkommen und den Abbau von Handelshemmnissen.

Ernährungssicherheit und internationale Wettbewerbsfähigkeit erfordern zudem Innovationen in der Pflanzenzüchtung. Darum ist es entscheidend, dass sich Deutschland in Brüssel dafür stark macht, endlich ein zeitgemäßes und wissenschaftsbasiertes Gentechnikrecht zu schaffen und ideologische Widerstände zu überwinden.





Die Ölmühlen fordern:

- ◆ **Green Deal mit mehr Augenmaß** — Deutschland muss sich auf EU-Ebene für konsequenten Bürokratieabbau, bessere Rechtsetzung und sorgfältiger Folgenabschätzung einsetzen
- ◆ **Neuer handelspolitischer Impuls** — Abschluss und Ratifizierung neuer Handelsabkommen und Rohstoffvereinbarungen müssen Priorität besitzen, protektionistische Barrieren sind zu vermeiden
- ◆ **Strategische Schlüsseltechnologien und Innovationen voranbringen** — Deutschland muss sich für eine schnelle Entwicklung eines modernen Gentechnikrechts bzw. einer wissenschaftsbasierten Regulierung von neuen genomischen Techniken (NGT) wie CRISPR/Cas9 in der Pflanzenzüchtung einsetzen und damit einen sicheren, wettbewerbsfähigen und wertschöpfenden Umgang mit genomeditierten Pflanzen und Rohstoffen ermöglichen





Energiekosten senken und Wettbewerbsfähigkeit der Speiseölproduktion sichern

Klimaschonende Transformation durch verlässliche und bezahlbare Energieversorgung ermöglichen

Die gestiegenen Energiekosten haben sich für die Ölmühlen als Teil der energieintensiven Ernährungsindustrie zum entscheidenden Produktionsfaktor entwickelt. In der Vergangenheit war die Branche in der Lage, durch Effizienzsteigerungen bei der Verarbeitung von Ölsaaten einen Teil der Kosten zu kompensieren. Doch mittlerweile sind alle technisch machbaren und ökonomisch tragfähigen Optionen ausgereizt. Deutschland verliert als führender Standort der Ölsaatenverarbeitung in Europa zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit. Die Politik ist gefordert, hier gegenzusteuern, um die Zukunft der deutschen Speiseölproduktion zu sichern.

Als prozesswärmeintensive Industrie bekennen sich die Ölmühlen zum Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität bis 2045 und stehen bereit, den klimaschonenden Transformationsprozess voranzutreiben. CO₂-arme Technologien, die derzeit noch sehr kostenintensiv sind, setzen sich nur durch, wenn langfristig wettbewerbsfähige Energiekosten sichergestellt sind. Dafür braucht es ein stabiles Energieangebot sowie eine effektive Kompensation der steigenden Netzkosten und der indirekten CO₂-Preisbelastungen.





Die Ölmühlen fordern:

- **Energieintensive Ernährungsindustrie** — Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen für energieintensive Lebensmittelbetriebe
- **Kompensation der CO₂-Emissionen** — Verbindlicher Carbon-Leakage-Schutz im EU-Emissionshandelssystem EU-ETS 2 ab 2027 gesetzlich festschreiben durch Anpassung und Verlängerung der Carbon-Leakage-Verordnung (BECV)
- **Wettbewerbsfähige Gaspreise** für prozesswärmeintensive Industrien — Folgeregelung für den seit 2024 ersatzlos entfallenen Spitzenausgleich Gas im Energiesteuergesetz festlegen
- **Erweiterung der Strompreiskompensation** — behördliche Überarbeitung der Liste berechtigter Sektoren und Aufnahme des Wirtschaftszweiges der Produktion von Ölen und Fetten (NACE-Code 10.41)
- **Praxistaugliche Ausgestaltung der Industrie-Netzentgelte** — Langfristige Übergangsregelung für die individuellen Netzentgelte (gem. § 19 Abs. 2 StromNEV), um die Industrie durch Umrüsten der Anlagen zur Flexibilisierung zu befähigen. Industriebetriebe, die sich bereits heute durch Flexibilisierung des Strombezugs bzw. Stromeinspeisung an der Stabilisierung des Stromnetzes beteiligen, sollten von den Netzentgelten befreit werden. Generell muss die Industrie frühzeitig bei der Weiterentwicklung der Netzentgeltsystematik eingebunden werden.
- **Forschung und Entwicklung** — Unterstützung bei der Entwicklung und Etablierung klimaschonender Technologien in der Lebensmittelverarbeitung





Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum zusammendenken

***Nachhaltigere Lieferketten robust und praktikabel ausgestalten;
Bioökonomie als zentrale Schlüsseltechnologie nutzen***

Die Politik in Deutschland und Europa ist jetzt gefragt, Nachhaltigkeit und Wachstum in Einklang zu bringen. Die Ölmühlen sind fest der Überzeugung, dass wirtschaftlicher Erfolg, gesellschaftliche Verantwortung und der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen zusammengehören. Seit Jahren engagiert sich die Branche mit umfassenden Nachhaltigkeitsanforderungen, firmeneigenen Zertifizierungssystemen und zahlreichen Projekten für entwaldungsfreie Lieferketten und einen nachhaltigen Anbau im Ursprung. Jedoch werden Agrar-Lieferketten zunehmend überreguliert. Hochgesteckte Ziele zum Schutz von Natur, Klima und Menschenrechten treffen auf ungenügend praktikable Anwendungsmöglichkeiten, unklare Rechtsnormen und schlechte Vorbereitung seitens des Gesetzgebers und der ausführenden Behörden. Warnendes Beispiel hierfür ist die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR): Es darf nicht die Norm werden, dass Händler und Verarbeiter kurz vor Start einer derart tiefgreifenden Lieferketten-Regelung allein damit gelassen werden, ob und wie Rechtsauflagen gelten. Europa und Deutschland riskieren dadurch unnötigerweise eine erhebliche Störung internationaler Lieferketten.

Die EU-Gesetzgebungsralley im Nachhaltigkeitsbereich hat zu einer Vielzahl an Lieferkettenregulierungen geführt, die nun in deutsches Recht überführt werden müssen. Bei der Ausgestaltung der Berichtspflichten gilt es, eine 1:1-Umsetzung zu gewährleisten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa zu schaffen sowie den risikobasierten Ansatz zu stärken, um unnötige Bürokratie zu vermeiden. Auch ist das auf EU-Ebene diskutierte Omnibus-Verfahren, das diverse Berichtspflichten zusammenführen soll, ein richtiger Schritt für mehr Bürokratieabbau.

Bei der Bewertung von Biokraftstoffen ist eine klare politische Linie dringend erforderlich. Nachhaltige Biokraftstoffe sind der Garant für mehr Klimaschutz auf der Straße — durch sie werden hierzulande jährlich weit über 10 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Dieser Beitrag zum Klimaschutz steht nicht in Konkurrenz zur Elektromobilität, sondern ergänzt sie in sinnvoller Weise. Eine Abschaffung von Biokraftstoffen aus landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten würde dagegen jegliche Klimaschutzziele im Verkehrssektor gefährden und zugleich die Attraktivität des Rapsanbaus deutlich schmälern. Gerade weil bei der Biokraftstoff-Herstellung als wertvolle Nebenprodukte auch Honig, Lecithin und Proteine gewonnen werden.





Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum zusammendenken

Zugleich müssen betrügerische Praktiken bei Biokraftstoff-Importen viel entschiedener als bisher durch effektive Kontrollen seitens der Behörden unterbunden werden. Seit nunmehr zwei Jahren ist ein exorbitanter Anstieg vermutlich falsch deklarerter „fortschrittlicher“ Biokraftstoffe aus China zu verzeichnen, die sich ausschließlich in Deutschland gleich doppelt auf die Treibhausgasminderungsquote anrechnen lassen. Die offensichtlichen Missstände bei der offiziellen Kontrolle von Importen verschärfen die wirtschaftliche Situation der hiesigen Erzeuger erheblich und bergen das Risiko der Abwicklung einer ganzen Branche mit mehr als 20.000 Arbeitsplätzen. Die Politik ist gefordert, noch entschiedener gegen Missbrauch und Wettbewerbsverzerrung vorzugehen.

Eine gute Chance, wirtschaftliches Wachstum mit Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu vereinen sowie knapper werdende Ressourcen effizient zu nutzen, bietet die Bioökonomie. Die Ölmühlen bieten mit ihren Produkten ein breites Spektrum von Anwendungsbeispielen, um fossile Rohstoffe mehr und mehr zu ersetzen: von Glycerin in Händedesinfektionsmitteln über Pflanzenöle in Pharmazeutika, Druckfarben und Schmierstoffen bis hin zu Kosmetika. Dieses Innovationspotenzial gilt es noch stärker seitens der Politik zu heben.





Die Ölmühlen fordern:

- ◆ **EU-Entwaldungsverordnung** praxistauglich umsetzen —
 - Legalitätsnachweise reduzieren; Doppelnachweise durch Kohärenzchecks mit anderen Lieferkettenregulierungen vermeiden
 - Geolokalisation von Parzellen vereinfachen durch die Zusammenfassung von Anbauflächen
- ◆ Kohärente und praktikabel Ausgestaltung der **Sorgfaltspflichten in der Lieferkette** bewerkstelligen —
 - Überprüfung der Berichtspflichten auf Inkonsistenzen und Anwendbarkeit
 - Doppelregulierung bei der Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) und EU-Nachhaltigkeitsberichtserstattungs-Richtlinie (CSRD) vermeiden
 - Risikobasierten Ansatz stärken: Sorgfaltspflichten greifen nur bei hinreichenden Anhaltspunkten für Menschenrechts- oder Umweltverletzungen
- ◆ **Plädoyer für Biokraftstoffe** und Klimaschutz im Verkehr —
 - Entschiedenenes Entgegenreten zu Plänen über mögliche Abschaffung von Biokraftstoffen und Planungssicherheit für mittel- und langfristigen Einsatz in Deutschland gewährleisten
 - Bekenntnis zur stofflichen und energetischen Nutzung von Biomasse im Rahmen der nationalen Biomassestrategie (NABIS)
 - Betrügerische Praktiken bei Biokraftstoff-Importen durch effektive Kontrolle unterbinden
- ◆ **Innovationspotenzial der Bioökonomie heben** —
 - Stärkere Berücksichtigung biobasierter Produkte in der öffentlichen Beschaffung (z.B. pflanzenölbasierte Druckfarben)
 - Ausbau der Forschungsförderung im Bereich Bioökonomie
 - Bessere Abstimmung der Vorgaben der NABIS und der nationalen Bioökonomiestrategie, um Versorgung mit nachwachsenden Rohstoffen zu sichern



OVID

Verband der ölsaatenverarbeitenden
Industrie in Deutschland e. V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon: +49 30 / 72625900
E-Mail: info@ovid-verband.de

www.ovid-verband.de

 @raffinierte_zukunft

 @ovidverband

 OVID Verband

Diese Publikation wurde klimaneutral
produziert und mit pflanzenöl-
basierten Druckfraben auf 100%
Recyclingpapier gedruckt.



**Jaana K.
Kleinschmit
von Lengefeld**
Präsidentin



**Dr. Gerhard
Brankatschk**
Geschäftsführer



**Dr. Momme
Matthiesen**
Geschäftsführer